

schnitt 64 Jahre, und ein Drittel aller ebenfalls überalterten Obersten entlassen oder vorzeitig in den Ruhestand geschickt werden. Insgesamt 6112 Offiziere sind von dem Plan in den nächsten sechs Jahren betroffen.

Zwar hat Minister Serra versprochen, daß nach rein professionellen und nicht nach ideologischen Gesichtspunkten gesiebt werde. Doch viele Ultras fürchten, daß dann ihre Stunde geschlagen habe.

Ziel der Schrumpfung ist es, das auf über 40 000 Mann aufgeblähte Offiziers- und Generalscorps auf ein operationsfähiges Maß zu reduzieren: Spanien hat fast 5500 Generäle.

Unter Diktator Franco stiegen Offiziere nicht etwa aufgrund von Intelligenz oder Leistung zum General auf, sondern automatisch, wenn sie nur lange genug gedient hatten. Keiner der 19 Generalobersten und 41 Divisionsgeneräle beispielsweise hat ein Sprachdiplom. Auch nur wenige der Obersten sprechen Englisch, Französisch oder gar Deutsch, drei allerdings Russisch.

Erstmals müssen diejenigen, die bisher automatisch zum Oberst aufgerückt wären, neben fachlichen Kenntnissen auch physische Kondition mitbringen – für viele der dickbäuchigen Offiziere eine schwierige Hürde.

Die Nation muß sich die Reform einiges kosten lassen. Der Verteidigungsetat hat in diesem Jahr die Rekordsumme von 550 Milliarden Peseten (rund 9,6 Milliarden Mark) erreicht. Erstmals, und unter sozialistischer Regierung, gibt Spanien jetzt mehr für Kanonen als für Schulbücher aus.

Ein Regierungsmitglied: „Wehe uns, wenn das nicht hilft, die Obristen auf bessere Gedanken zu bringen.“

ISRAEL

Äußerst unklug

Soll Amerikas Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt werden?

New Yorks demokratischer Senator Daniel Moynihan war enttäuscht von seinen Freunden. Die Israelis, so der US-Politiker, verhielten sich „lauwarm“ und reagierten „mit zitternden Knien“.

Dabei glaubt der Senator, Großes für Israel bewirkt zu haben. Denn hauptsächlich durch ihn ist ein altes Anliegen des Judenstaats nicht nur wieder zu einem der brisantesten Themen des Vorwahlkampfes in den USA geworden: die Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem.

So, als habe es die jüngsten Fehlschläge der amerikanischen Nahost-Politik, etwa das Libanon-Fiasko, nicht gegeben, so, als existiere für Washington kein dringlicheres Anliegen, als die Araber durch eine israelfreundliche Geste vor den Kopf zu stoßen, hatten Moynihan



Von Israel beherrschtes Jerusalem: „Unsere ewige Hauptstadt“

und sein republikanischer Senatskollege Arlen Specter schon zu Beginn des Jahres einen Antrag im Senat eingebracht mit dem Ziel, die Botschaftsverlegung per Gesetz zu erzwingen.

39 Senatoren stehen inzwischen hinter dem Antrag. Dem Repräsentantenhaus liegt eine ähnliche Initiative vor, die von über 200 Abgeordneten unterstützt wird.

Begeistert, vor allem New Yorks jüdisches Wählerpotential fest im Blick, überboten sich Gary Hart und Walter Mondale, Spitzenbewerber um die demokratische Präsidentschaftskandidatur, in israelfreundlichen Ankündigungen und Versprechungen – mit zweifelhaftem Erfolg.

Auch führenden amerikanischen Juden erschienen nämlich die proisraelischen Beteuerungen der Vorwahlkämpfer inzwischen allzu dick aufgetragen.

Zurückhaltung sogar in Jerusalem. Zwar würde Israels Regierung einen etwaigen Umzug der US-Vertretung von Tel Aviv nach Jerusalem begrüßen und auch eine Erklärung der USA hinnehmen, daß der Status der Stadt offen und Gegenstand künftiger Verhandlungen sei. Zwar betonte Premier Schamir: „Wir werden niemals auf die Forderung verzichten, daß die USA und alle befreundeten Länder ihre Vertretungen in unserer ewigen Hauptstadt Jerusalem etablieren müssen.“

Doch zugleich scheuen die Israelis einen offenen Konflikt mit der großen Schutzmacht, schon aus Furcht vor Konsequenzen für Amerikas vielfältige Hilfe, ohne die der Staat Israel nicht überleben könnte. Die „Jerusalem Post“ mahnte: „Einen solchen Kampf könnten wir nicht gewinnen.“

Denn schon kündigte Präsident Reagan sein Veto gegen eine Botschaftsverlegung nach Jerusalem an, da damit zu

rechnen ist, daß sich die islamische Welt von Marokko bis Indonesien gegen einen solchen Schritt empören würde. Weltweit würden dann wieder US-Bürger und US-Eigentum Ziel von Anschlägen radikaler Moslems. „Eine äußerst unkluge Sache“, so Reagan über eine Botschaftsverlegung.

Daß Jerusalem eine Wunde im islamischen Bewußtsein blieb, ist das Ergebnis einer an Maximalforderungen orientierten israelischen Politik: Die Uno hatte Jerusalem bei Gründung des Staates Israel als „corpus separatum“ klassifiziert. Zehn Jahre sollte dieser Status unter Uno-Verwaltung aufrechterhalten bleiben, bis ein Referendum den endgültigen Status der Stadt bestimmen würde.

Doch so weit kam es nie. Als 1949 die Kämpfe zwischen Israel und Jordanien eingestellt wurden, kontrollierten die Truppen des jüdischen Staates den Westen, die Soldaten des Haschemitenkönigs den Osten der Stadt.

1950 bestimmte Israels Staatsgründer David Ben Gurion Jerusalem als Hauptstadt des neuen Staates – bis Mitte der 60er Jahre hatten sich über 20 ausländische Botschaften in ihr etabliert.

Der Sechstagekrieg von 1967 und die Besetzung des arabischen Ostteils von Jerusalem brachten dann eine Wende: Als Verteidigungsminister Dajan vor der Klagemauer proklamierte: „Wir sind zu unseren Heiligtümern zurückgekehrt, um sie nie wieder zu verlassen“, und als Israel anschließend den Osten Jerusalems annektierte, gab es weltweiten Unmut.

Nur 13 Botschaften blieben in der Stadt. Als die Begin-Regierung im August 1980 die Wiedervereinigung Jerusalems unter israelischer Oberhoheit bestätigte, zogen auch sie ab. Manche gingen

mit schlechtem Gewissen, so die Niederländer. Ein „Israel Comité Nederland“ schickt seitdem jedes Jahr Tausende von Tulpen und Narzissen zum Schmuck Jerusalems.

Dorthin hat allein Costa Rica seine Vertretung zurückverlegt. Ähnliche Absichten von Zaire und Liberia wurden durch amerikanischen Druck blockiert.

An Amerikas Einstellung in der Jerusalem-Frage würde, so glauben viele Israelis, sich auch dann nichts ändern, wenn Mondale oder Hart ins Weiße Haus einzöge – trotz der gegenteiligen Beteuerungen der Präsidentschaftsbewerber.

Ein Kabinettsmitglied in Jerusalem bedauerte: „Weder ein Präsident Mondale, noch ein Präsident Hart würden sich in dieser heiklen Frage anders verhalten als Präsident Reagan.“

SEEFAHRT

Rückwärts weg

U-Boote im Fischernetz – davor schützt weder Sonargerät noch Begleitschiff noch zugewiesenes Übungsgebiet.

Die „Fischer sollten sich mit Wasserbomben schützen“, empörte sich vorigen Monat Hugh Byrne, oppositioneller Hinterbänkler im Dubliner Parlament. Wieder einmal waren ein irischer Fischkutter und ein unbekanntes Unterwasserfahrzeug einander aufs unheimlichste begegnet.

Über eine Strecke von zweieinhalb Seemeilen (4,6 Kilometer) war das Schiff von Skipper Thomas Tallon rückwärts – wie von einer unsichtbaren Riesenhand – durch die Irische See gezogen worden. Die verstörte Mannschaft hatte das Rettungsboot bereits klagemacht, als es doch noch gelang, die dicken Stahlleinen des Netzes zu kappen. Der Kutter kam frei, niemand wurde verletzt – doch das U-Boot, das sich in Tallons Netz verfangen und die Crew in Schrecken versetzt hatte, ward nie gesichtet.

Nur drei Wochen später endete ein ähnlicher Zwischenfall mit einer Katastrophe:

Am 29. März um 9.23 Uhr verschwand der dänische Kutter „Ane Kathrine“ in internationalen Gewässern vor Skagen von der Meeresoberfläche, die drei Besatzungsmitglieder versanken mit dem Schiff.

Selbst das Werfen von Wasserbomben hätte den Trawler-Skipper Børge Christensen, 46, sowie seine Seeleute Christian Svenning Hansen, 51, und Lars Diget Jørgensen, 22, nicht retten können. Sekundenschnell, so ergab die juristische „Seeverklärung“ vor dem Skagener Seegericht vergangene Woche, wurde die zwölf Meter lange „Ane Kathri-



HDW-U-Boot „182 Kiel“ im Hafen von Skagen: „Schiff verschwunden“

ne“ zunächst „über das Heck, dann seitlich“ in die Tiefe gezogen.

Dafür tauchte wenig später, dicht bei dem Unglücksort, ein schwarzbraunes U-Boot auf – Kennzeichen „182 Kiel“. Tiefe, mennigerote Schrammen am Turm des nagelneuen Schiffs, eine abgebrochene Antenne und ein beschädigtes Hydrophon waren unübersehbare Hinweise darauf, daß dieses U-Boot offenbar dem friedlichen Kutter ins Hummernetz geraten war.

Einen klärenden Hinweis auf den möglichen Ablauf des See-Unfalls lieferte Notfunkkanal 16. Auf ihm hatte Poul Vaarmark, Kapitän der „Diana“, eines der drei Schiffe, die in der Nähe des Unglücksboots auf Hummerfang waren, die Alarmmeldung „Schiff verschwunden“ gerade an Radio Skagen durchgegeben. Nur wenig später hörte er auf dieser Welle das aufgetauchte U-Boot an das deutsche Begleitschiff „Pegasus 2“ funken, nach „unerklärlichen Geräuschen“ habe man alle Maschinen gestoppt, aber dann nichts mehr gehört.

Viel mehr als diesen Tatbestand fanden auch die dänischen Seerichter in Skagen nicht heraus, die nur den Sachverhalt zu prüfen, aber kein Urteil zu fällen haben. Die Sonaraufzeichnungen der „182 Kiel“ hätten vielleicht näheren Aufschluß über Ursachen und Ablauf des Unglücks geben können. Doch die hielten die staats eigenen Howaldtwerke Deutsche Werft AG (HDW), deren Kiepler Werft das Schiff gebaut hat, vorerst zurück.

Begründung: Der künftige Eigner des hochmodernen U-Bootes müsse dazu sein Placet geben, denn aus den Aufzeichnungen könnten geheimhaltungsbe-

dürftige Rückschlüsse auf die Anlagen des Schiffes gewonnen werden.

Der U-Boot-Käufer war jedoch selbst während der Unglückszeit zugegen. HDW-Kapitän Holger Berndt, U-Boot-Fahrer mit Zivil-Patent, hatte auf dieser Erprobungsfahrt neben einer zivilen Rumpfbesatzung von 18 Mann auch 13 Angehörige der chilenischen Kriegsmarine an Bord der „182 Kiel“. Die Südamerikaner wollen das deutsche 1400-Tonnen-Boot vom Typ 209/3 unter dem Namen „Simpson“ in wenigen Wochen in ihre Dienste übernehmen.

Es ist das erste von zwei Booten, deren Verkauf an das chilenische Militärregime schon seit Jahren Proteste im In- und Ausland hervorruft. Vor vier Jahren hatte sich der damalige Finanzminister Hans Matthöfer einem Beschluß des Bundessicherheitsrates der sozialliberalen Koalition widersetzt, der das Rüstungsgeschäft zwischen HDW und der chilenischen „Mörderbande“ (Matthöfer) genehmigte.

Kanzler Schmidt ließ zwar noch nach anderen Abnehmern für die über hundert Millionen Mark teuren Schiffe suchen. Doch die Regierung des Nachfolgers Kohl gab Ende März Erlaubnis für die Überführungsfahrt der Kriegsschiffe (8 Torpedorohre, 33 Mann Besatzung) nach Chile.

In Südamerika ist der deutsche U-Boot-Typ 209 bereits gut eingeführt und begehrt. Die Argentinier fahren zwei Vorgängermodelle der künftigen „Simpson“. Eines davon, die „San Luis“, kreuzte während des Falklandkrieges 35 Tage im Seegebiet um die umkämpfte Insel, ohne freilich einen Treffer landen zu können. Die Royal